

---

**P R O T O K O L L**  
**über die Sitzung des Sozialausschusses des Landkreises Cloppen-**  
**burg am Donnerstag, dem 23.09.2021, 17:00 Uhr, im Sitzungssaal 1**  
**des Kreishauses in Cloppenburg**

**Anwesend**

Vorsitzende/r

1. Kreistagsabgeordneter Dr. Sebastian Vaske

Mitglieder

2. Kreistagsabgeordneter Stephan Ahrens  
Vertretung für Christoph Eilers  
3. Kreistagsabgeordneter Rudolf Arkenau  
4. Kreistagsabgeordneter Dr. Michael Hoffschroer  
5. Kreistagsabgeordneter Herbert Holthaus  
6. Kreistagsabgeordnete Marlies Hukelmann  
Vertretung für Klaus Karnbrock  
7. Kreistagsabgeordneter Theodor Schmidt  
8. Kreistagsabgeordneter Gerd Stratmann  
9. Kreistagsabgeordnete Ursula Thomée  
10. Kreistagsabgeordnete Julia Wienken

Grundmandat

11. Kreistagsabgeordneter Wilfried Liers  
Vertretung für Wilhelm Fetzer

Zugewählte beratende Mitglieder

12. Verein der Integrationslotsen im Mina Amiry  
Landkreis Cloppenburg e. V.  
13. Arbeiterwohlfahrt Brigitte Siebum  
14. Deutsches Rotes Kreuz Johannes Wilhelm  
Vertretung für Michael Pahl

Verwaltung

15. Erster Kreisrat Ludger Frische  
16. Baudezernent Ansgar Meyer  
17. Kreisverwaltungsoberrätin Gabriele Schröder  
18. Gleichstellungsbeauftragte Dr. Christina Neumann  
19. Wirtschaftsförderer Dirk Gehrman  
20. Persönliche Referentin des Landra- Dr. Lydia Kocar  
tes  
21. Verwaltungsleiter Gesundheitsamt Colja Pregler

Protokollführer/in

22. Kreisverwaltungsrat Josef Potthast

Es fehlte/n:

23. Vertreter des Beirates für Menschen mit Behinderung	Jan-Gustav Ahlers
24. Landes-Caritasverband	Dietmar Fangmann
25. Diakonisches Werk	Martina Fisser
26. Paritätischer Cloppenburg	Hans-Jürgen Lehmann
27. Kreistagsabgeordneter	Yilmaz Mutlu
28. Kreistagsabgeordneter	Stefan Riesenbeck
29. Kreistagsabgeordneter	Henning Stoffers
30. Kreistagsabgeordneter	Michael von Klitzing

**Tagesordnung:**

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Genehmigung des Protokolls
5. Antrag der Gruppe GRÜNE/UWG vom 25.05.2021 - Umsetzung des Niedersächsischen Wohnraumschutzgesetzes V-SOZ/21/138/1
6. Antrag der STEP gGmbH auf Gewährung eines Zuschusses für die Drogenberatungsstelle Cloppenburg (DROBS) für die Jahre 2022 bis 2024 V-SOZ/21/143
7. Antrag des Sozialdienstes katholischer Frauen e.V. (SkF) auf weitere Förderung der Hebammenzentrale V-SOZ/21/144
8. Antrag des Sozialdienstes katholischer Frauen e.V. (SkF) auf Gewährung eines Zuschusses zu den Personalkosten zur Unterstützung sexual-pädagogischer Präventionsarbeit in Schulklassen für das Jahr 2022 V-SOZ/21/145
9. Antrag des Oldenburger Interventionsprojektes (OLIP), Täterarbeit bei häuslicher Gewalt für die Jahre 2022-2024 V-SOZ/21/146
10. Fortführung der Koordinierungsstelle Frauen und Wirtschaft im Oldenburger Münsterland V-SOZ/21/147
11. Antrag der Gruppe GRÜNE/UWG vom 08.09.2021 - Aufsuchende Beratung für Sexarbeiter\*innen und Opfer von Zwangsprostitution im Landkreis Cloppenburg V-SOZ/21/148
12. Aktuelles zur Lage der Corona-Pandemie
13. Anregungen und Beschwerden



- 14 . Anfragen (Gem. § 15 II GO spätestens 3 Tage vor der Sitzung schriftlich beim Landrat eingereicht)
- 15 . Mitteilungen

## **1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit**

---

Der Vorsitzende, Kreistagsabgeordneter Dr. Vaske, eröffnete um 17:00 Uhr die Sitzung, begrüßte die anwesenden Teilnehmer\*innen zur Präsenzsitzung und stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

## **2. Feststellung der Tagesordnung**

---

Die Tagesordnung wurde von den Ausschussmitgliedern – wie veröffentlicht – angenommen.

## **3. Einwohnerfragestunde**

---

Vorsitzender Dr. Vaske stellte fest, dass Fragen bzw. Wortmeldungen zur Einwohnerfragestunde nicht vorlagen.

## **4. Genehmigung des Protokolls**

---

Die Niederschrift über die Sitzung am 10.06.2021 wurde einstimmig, bei 1 Enthaltung, genehmigt.

## **5. Antrag der Gruppe GRÜNE/UWG vom 25.05.2021 - Umsetzung des Niedersächsischen Wohnraumschutzgesetzes Vorlage: V-SOZ/21/138/1**

---

Vorsitzender Dr. Vaske erinnerte daran, dass der Antrag in der Sitzung am 10.06.2021 wegen der noch ausstehenden Erörterung mit den Bürgermeistern vertagt wurde. Er erteilte der Kreistagsabgeordneten Thomée das Wort, da der Antrag von der Gruppe GRÜNE/UWG eingereicht worden sei.



Kreistagsabgeordnete Thomée bezeichnete den Beschluss der Bürgermeister vom 15.09.2021 als nicht ausreichend. Sie nahm Bezug auf den Antrag vom 25.05.2021 und forderte die Erstellung eines Konzeptes für die Kontrolle der Unterkünfte der Arbeitsmigranten.

Baudezernent Meyer führte einleitend aus, dass die Beratung seinerzeit vertagt worden sei, um das Ergebnis der Abstimmung mit den Städten und Gemeinden in der Sitzung der Hauptverwaltungsbeamten am 15.09.2021 abzuwarten.

Die Bürgermeister hätten bekräftigt, dass sie von den Befugnissen des Nds. Wohnraumschutzgesetzes Gebrauch machen wollten, soweit dies erforderlich sei. Sie hätten aber betont, dass es eine freiwillige Aufgabe und keine Pflichtaufgabe sei. Des Weiteren habe die bauordnungsrechtliche Überprüfung der Unterkünfte durch den Landkreis sowie die Stadt Cloppenburg Vorrang. Diese baurechtlichen Prüfungen würden in die gleiche Richtung zielen. Letztendlich gelte es daher auch, Doppelstrukturen zu vermeiden.

Die Städte und Gemeinden würden bei diesem Thema schon seit Jahren eng mit dem Landkreis zusammenarbeiten, so Baudezernent Meyer weiter. Hinweise, die vor Ort aufläufen, würden an das Kreisbauamt weitergegeben. Die Städte und Gemeinden hätten erklärt, dass sie sich vorbehalten würden, im Einzelfall auf Grundlage des Wohnraumschutzgesetzes eigenständig tätig zu werden. Die Bürgermeister hätten insgesamt keine Notwendigkeit gesehen, für diese Aufgabe ein gesondertes Konzept zu erstellen.

Baudezernent Meyer schloss seine Ausführungen mit dem Hinweis, dass der Antrag aufgrund der dargestellten Sachlage s.E. abzulehnen sei.

Kreistagsabgeordnete Thomée machte darauf aufmerksam, dass es immer wieder Wohnhäuser geben würde, bei denen eine Überbelegung anzunehmen sei.

Baudezernent Meyer erwiderte, dass Briefkästen und Namensschilder der Unterkünfte oft veraltet seien. Daraus ergebe sich in der Regel kein Nachweis für eine Überbelegung. Maßgeblich seien in erster Linie die aktuellen Meldedaten. Er erläuterte weiter, dass sich die Anzahl tatsächlich unhaltbarer Zustände deutlich verringert habe. Die Situation habe sich nachhaltig verbessert. Die Vermieter bzw. Wohnungseigentümer würden die Mindeststandards kennen. Die systematischen Kontrollen durch den Landkreis würden Wirkung zeigen.

Kreistagsabgeordneter Dr. Hoffschroer verwies auf die Beschlussfassung der Bürgermeister. Die baurechtlichen Kontrollen der Unterkünfte der Arbeitsmigranten würden nach wie vor durchgeführt und zeigten Wirkung, stellte er fest. Zusammenfassend könne er daher nur vorschlagen, den Antrag abzulehnen.

Vorsitzender Dr. Vaske schloss die Aussprache und stellte den Antrag der Gruppe GRÜNE/UWG vom 25.05.2021 zur Abstimmung.

**Der Sozialausschuss beschloss mehrheitlich, dem Kreistag die Ablehnung des Antrages der Gruppe GRÜNE/UWG vom 25.05.2021 mit dem Ziel, dass „die Kreisverwaltung mit den Gemeinden Absprachen zur unverzüglichen Nutzung der zusätzlichen Befugnisse aus dem Niedersächsischen Wohnraumschutzgesetz trifft und in Absprache mit den Gemeinden des Landkreises ein Konzept zur Kontrolle von Unterkünften erstellt“, zu empfehlen.**



---

**6. Antrag der STEP gGmbH auf Gewährung eines Zuschusses für die Drogenberatungsstelle Cloppenburg (DROBS) für die Jahre 2022 bis 2024  
Vorlage: V-SOZ/21/143**

---

Kreisamtsrat Pregler trug den Sachverhalt entsprechend der Vorlagen-Nr.: V-SOZ/21/143 vor.

Kreistagsabgeordnete Wienken bescheinigte den Mitarbeiter\*innen der Suchtberatungsstelle DROBS gute Arbeit und dankte für deren Einsatz. Sie nahm Bezug auf die Beratungen in der CDU-Fraktion und sprach sich trotz der steigenden Kosten für die Zustimmung aus.

Vorsitzender Dr. Vaske stellte den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Der Sozialausschuss fasste einstimmig folgenden Beschluss:  
Dem Kreistag wird empfohlen zu beschließen, der STEP gGmbH wird für die Suchtberatungsstelle DROBS für die Haushaltsjahre 2022 - 2024 ein Zuschuss in Höhe von bis zu 195.000,00 EUR (2022), bis zu 200.000,00 EUR (2023) und bis zu 205.000,00 EUR (2024) als Defizitausgleich gewährt.**

---

**7. Antrag des Sozialdienstes katholischer Frauen e.V. (SkF) auf weitere Förderung der Hebammenzentrale  
Vorlage: V-SOZ/21/144**

---

*Kreistagsabgeordnete Wienken nahm an der Beratung und Beschlussfassung zu den Tagesordnungspunkten 7 und 8 nicht teil.*

Kreisamtsrat Pregler trug den Sachverhalt entsprechend der Vorlagen-Nr.: V-SOZ/21/144 vor.

Kreistagsabgeordnete Hukelmann unterstrich die Bedeutung der Arbeit der Hebammenzentrale. Vor dem Hintergrund der drohenden Schließung des Kreißsaales des Krankenhauses in Friesoythe sei es besonders wichtig, ein Zeichen für die Betreuung der Schwangeren zu setzen. Kreistagsabgeordnete Hukelmann schlug vor, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Vorsitzender Dr. Vaske stellte den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Der Sozialausschuss fasste einstimmig folgenden Beschluss:  
Dem Kreistag wird empfohlen zu beschließen, dem SkF wird für den Betrieb der Hebammenzentrale ein Zuschuss für die Jahre 2022-2024 in Höhe von jährlich bis zu 34.000,00 EUR als Defizitausgleich gewährt.**

---

**8. Antrag des Sozialdienstes katholischer Frauen e.V. (SkF) auf Gewährung eines Zuschusses zu den Personalkosten zur Unterstützung sexualpädagogischer Präventionsarbeit in Schulklassen für das Jahr 2022  
Vorlage: V-SOZ/21/145**

---

Kreisamtsrat Pregler trug den Sachverhalt entsprechend der Vorlagen-Nr.: V-SOZ/21/145 vor.

Kreistagsabgeordnete Hukelmann verwies auf die Beratungen in der CDU-Fraktion und sprach sich für eine Unterstützung des Projektes aus.

Vorsitzender Dr. Vaske stellte den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Der Sozialausschuss fasste einstimmig folgenden Beschluss:  
Dem Kreistag wird empfohlen zu beschließen, dem Sozialdienst katholischer Frauen e.V. für die Personalkosten zur Unterstützung sexual-pädagogischer Präventionsarbeit in Schulklassen für das Jahr 2022 einen Zuschuss in Höhe von 16.153,00 € zu gewähren.**

---

**9. Antrag des Oldenburger Interventionsprojektes (OLIP), Täterarbeit bei häuslicher Gewalt für die Jahre 2022-2024  
Vorlage: V-SOZ/21/146**

---

Leiterin der Stabsstelle Gleichstellung, Integration und Demografie, Dr. Neumann, trug den Sachverhalt entsprechend der Vorlagen-Nr.: V-SOZ/21/146 vor.

Kreistagsabgeordneter Holthaus erklärte, dass er aufgrund seiner Erfahrungen als Polizeibeamter den Antrag nur unterstützen könne. Es sei sehr wichtig, auch auf die Täter Einfluss zu nehmen. Bedauerlich sei, dass die Gesprächskreise in Oldenburg stattfinden würden. Es sei erforderlich, dass das Projekt auch hier vor Ort erreichbar sei.

Leiterin der Stabsstelle und Gleichstellungsbeauftragte Dr. Neumann entgegnete, dass es Ziel sei, dass Projekt im Landkreis anzubieten. Dies solle auch erfolgen, falls sich eine ausreichend große Gruppe finde.

Vorsitzender Dr. Vaske stellte den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Der Sozialausschuss beschloss einstimmig, dem Kreistag die Bereitstellung von Finanzmitteln in Höhe von jährlich 10.000 Euro für die Jahre 2022 bis 2024 als Zuschuss für den Verein Konfliktschlichtung e. V. für die Durchführung des Oldenburger Interventionsprojektes OLIP für Täterinnen und Täter im Kontext häuslicher Gewalt aus dem Landkreis Cloppenburg zu empfehlen.**

---

**10. Fortführung der Koordinierungsstelle Frauen und Wirtschaft im Oldenburger Münsterland  
Vorlage: V-SOZ/21/147**

---

Wirtschaftsförderer Gehrman trug den Sachverhalt entsprechend der Vorlagen-Nr.: V-SOZ/20/147 vor. Er betonte, dass die Ko-Stelle bereits seit 30 Jahren bestehe.

Kreistagsabgeordnete Wienken verwies auf ihre guten Erfahrungen mit der Ko-Stelle und lobte deren gute Arbeit. Sie empfahl, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Vorsitzender Dr. Vaske stellte den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Der Sozialausschuss beschloss einstimmig, dem Kreistag folgenden Beschluss zu empfehlen:**

**Vorbehaltlich der Bewilligung der Fördermittel, wird die Koordinierungsstelle Frauen und Wirtschaft Oldenburger Münsterland für den Zeitraum vom 01.07.2022 bis 31.12.2023 weitergeführt. Der Landkreis Cloppenburg beteiligt sich auch weiterhin mit 15 % € jährlich an den förderfähigen Gesamtkosten der Einrichtung, wenn dies der Landkreis Vechta in gleicher Weise beschließt.**

**11. Antrag der Gruppe GRÜNE/UWG vom 08.09.2021 - Aufsuchende Beratung für Sexarbeiter\*innen und Opfer von Zwangsprostitution im Landkreis Cloppenburg  
Vorlage: V-SOZ/21/148**

Kreistagsabgeordnete Thomée trug die wesentlichen Argumente des Antrages der Gruppe GRÜNE/UWG vom 08.09.2021 vor.

Erster Kreisrat Frische sah hinsichtlich des Antrages folgende Fragen bzw. Probleme:

- Zunächst müsse man sich fragen, ob im Landkreis Cloppenburg überhaupt ein Beratungsbedarf bestehe.
- Dann sei darauf zu verweisen, dass der genannte Pressebericht keinen Bezug zum Landkreis Cloppenburg habe. Die vermeintliche Situation der Zwangsprostituierten im Landkreis Cloppenburg sei somit eine Vermutung.
- Letztendlich habe er große Bedenken, wie aufsuchende Sozialarbeit im Dunkelfeld der Zwangsprostitution überhaupt möglich sein könne.

Leiterin der Stabsstelle und Gleichstellungsbeauftragte Dr. Neumann ergänzte, dass sie aufgrund ihrer Tätigkeit und Kontakte zu verschiedenen sozialen Beratungsstellen durchaus Berührungspunkte zu dem Thema habe. Des Weiteren verwies sie darauf, dass bei den Beratungsstellen im Gesundheitsamt und Ordnungsamt zwei sehr engagierte Mitarbeiterinnen zur Verfügung stehen würden.

Der Antrag beziehe sich aber auf ein Thema in der Grauzone, im Dunkelfeld der Kriminalität, so Leiterin der Stabsstelle Dr. Neumann weiter. Eine Abfrage beim Frauennotruf bzw. den Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen habe keine Hinweise auf konkrete Fälle der Zwangsprostitution im Landkreis Cloppenburg ergeben. Es stelle sich daher zunächst die Frage, wie man überhaupt an verlässliche Informationen zu diesem Thema komme, um danach dann den Beratungsbedarf feststellen zu können.

Leiterin der Stabsstelle Dr. Neumann erläuterte ferner, dass die kriminellen Strukturen der Zwangsprostitution häufiger in den Großstädten anzutreffen seien. Dort gebe es eine gewisse Ballung der Probleme. Was nicht heißen solle, dass das Thema im ländlichen Bereich nicht auch eine gewisse Relevanz habe, es sei jedoch noch schwerer zu fassen.

Leiterin der Stabsstelle Dr. Neumann schlug vor, einen größeren „runden Tisch“ einzuberufen, um festzustellen, wer überhaupt aussagekräftige Kenntnisse zu dem Thema habe.

Kreistagsabgeordnete Thomée wies darauf hin, dass die im NWZ-Bericht vom 19.08.2021 zitierte Frau Dick in Cloppenburg wohne. Diese habe in ihrer Ausarbeitung vom April dieses Jahres ihre Erkenntnisse zu diesem Thema zu Papier gebracht.

Kreistagsabgeordneter Holthaus meinte ebenfalls, dass das ein Thema aus dem Dunkelfeld der Kriminalität sei. Aus seiner beruflichen Arbeit als Polizist könne er keine Hinweise zum Beratungsbedarf geben. Grundsätzlich sei er aber der Auffassung, dass Hilfe angeboten werden solle, wenn der Bedarf vorhanden sei. Er schlug daher vor, dass die Verwaltung das Thema größer anfasse und versuchen solle, den Bedarf zu prüfen.

Kreistagsabgeordneter Arkenau schloss sich dem Vorschlag des Kreistagsabgeordneten Holthaus an. Er teilte die Auffassung, dass die Strukturen im Landkreis Cloppenburg zu diesem Thema nicht mit denen in den Großstädten zu vergleichen seien. Ihm war wichtig, dass eine Frau ein Hilfeangebot bekomme, wenn sie um Hilfe bitte.

Kreistagsabgeordnete Hukelmann verwies auf die verschiedenen Beratungsstellen der Wohlfahrtsverbände sowie die Beraterinnen in der Kreisverwaltung. Sie schlug vor, soweit Bedarf bestehe, eine Anlaufstelle bei den Trägern der Beratungsstellen einzurichten.

Leiterin der Stabsstelle, Dr. Neumann wiederholte ihren Vorschlag, zunächst alle in Frage kommenden Beratungsstellen, Einrichtungen und Dienststellen zu einem Erfahrungsaustausch einzuladen.

Kreistagsabgeordnete Thomée ging davon aus, dass Frau Dick sicherlich einverstanden wäre, ihre Erkenntnisse in die Besprechung einzubringen.

Vorsitzender Dr. Vaske fasste die Diskussion dahingehend zusammen, dass die Beratung bis zum kommenden Jahr vertagt werden und die Verwaltung zunächst zu einem „runden Tisch“ einladen solle, um weitere Erkenntnisse zu sammeln.

Kreistagsabgeordneter Dr. Hoffschroer war ebenfalls der Auffassung, dass eine Vertagung und der Versuch, zunächst weitere Erkenntnisse zu gewinnen, für die Beratung im Ausschuss sinnvoll sei.

Erster Kreisrat Frische merkte an, dass Erkenntnisse zur Zwangsprostitution allenfalls von der Polizei kommen könnten. Außerdem sei zu hinterfragen, wie aufsuchende Sozialarbeit im Dunkelfeld der Kriminalität überhaupt denkbar sei.

Leiterin der Stabsstelle, Dr. Neumann teilte die Auffassung, dass eine Sozialarbeiterin hinsichtlich der Zwangsprostitution gar nicht wissen könne, wo sie hingehen solle, um Beratung anzubieten. Aufsuchende Sozialarbeit sei hierzu schwer möglich.

Kreistagsabgeordnete Wienken schlug vor, die Möglichkeiten der Online-Beratung in die weiteren Überlegungen einzubeziehen.

Vorsitzender Dr. Vaske stellte seinen Vorschlag zur Abstimmung.

**Der Sozialausschuss beschloss einstimmig, dem Kreistag zu empfehlen, die Beratung und Beschlussfassung zum Antrag der Gruppe GRÜNE/UWG vom 08.09.2021 zu vertagen und die Verwaltung zu bitten, zunächst weitere Erkenntnisse zum Beratungsbedarf für Sexarbeiter\*innen und Opfer von Zwangsprostitution zu sammeln.**



---

## **12. Aktuelles zur Lage der Corona-Pandemie**

---

Erster Kreisrat Frische führte aus, dass die aktuellen Zahlen der Coronafälle stagnierende bis leicht steigende Tendenz hätten. Insgesamt sei die Zahl der Coronafälle auf 247 gestiegen. Es lägen am heutigen Tag 41 neue positive Testergebnisse und 20 Genesungen vor. Die vom Robert Koch-Institut für den Landkreis Cloppenburg errechnete 7-Tagesinzidenz bewege sich seit mehreren Wochen zwischen 50 und 70.

Es handele sich weiterhin um ein Infektionsgeschehen in verschiedenen Haushalten ohne konkreten Schwerpunkt, so Erster Kreisrat Frische. Die Testungen würden aber auch zeigen, dass vermehrt Kinder und Jugendliche betroffen seien.

Erster Kreisrat Frische äußerte die Hoffnung, dass die bundesweit rückläufigen Zahlen auch bald im Landkreis Cloppenburg festzustellen seien. Im Herbst und Winter bestehe allerdings noch die Gefahr eines erneuten Anstiegs.

Bei den Erstimpfungen habe der Landkreis eine Quote von rd. 62 % erreicht. Vollständigen Impfschutz hätten rd. 58 %. Grund für die relativ niedrige Impfquote seien auch die „klassischen Impfverweigerer“. Bei der Impfquote müsse man aber bedenken, dass ein Anteil von rd. 15 % jünger als 12 Jahre sei. Für diese Personengruppe sei die Impfung noch nicht vorgesehen. Bei Kindern und Jugendlichen im Alter von 12 bis 18 Jahren liege die Impfquote bei rd. 40 %. Das Impfangebot per Impfbus sei in den vergangenen Wochen sehr positiv angekommen.

Erster Kreisrat Frische teilte weiter mit, dass das Impfzentrum am 30. September 2021 geschlossen werde. Vorrangig liege die Aufgabe der Impfungen nun bei den Hausärzten. Ergänzend würden ab dem 01.10.2021 mobile Impfteams eingesetzt. Der Einsatz der Impfteams werde vom DRK organisiert.

Abschließend äußerte Erster Kreisrat Frische die Hoffnung, dass die Pandemie im ersten Quartal des kommenden Jahres überwunden sei.

Kreistagsabgeordneter Dr. Hoffschroer erinnerte an die Gefahren für die Betriebe sowie die wirtschaftliche Entwicklung insgesamt, wenn die Mitarbeiter\*innen wieder wegen Quarantäne ausfallen würden. Er schlug daher vor, einen Aufruf an die Bevölkerung zu richten, sich impfen zu lassen.

---

## **13. Anregungen und Beschwerden**

---

Lagen nicht vor.

---

## **14. Anfragen (Gem. § 15 II GO spätestens 3 Tage vor der Sitzung schriftlich beim Landrat eingereicht)**

---

Anfragen lagen nicht vor.

---

## 15. Mitteilungen

---

Kreisverwaltungsoberrätin Schröder teilte mit, dass das Land dem Landkreis Cloppenburg Ende August eine neue Verteilquote für die Aufnahme von Asylbewerber\*innen mitgeteilt habe. Nach Abzug der bereits über der vorangegangenen Quote aufgenommenen Personen ergebe sich eine Zahl von 479 Asylbewerber\*innen, die voraussichtlich im Zeitraum bis zum Herbst 2022 zugewiesen würden. Das sei im Vergleich zu den 2 – 3 vorangegangenen Jahren eine sehr hohe Quote.

In Absprache mit der Landesaufnahmebehörde in Bramsche werde versucht, monatlich gleichbleibend bis zu 40 Asylbewerber\*innen aufzunehmen.

Um 18:00 Uhr schloss der Vorsitzende die Sitzung.

Vorsitzender

Erster Kreisrat

Protokollführer/in